

N i e d e r s c h r i f t

über die 16. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 27.06.2001
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

(Fortführung der unterbrochenen und vertagten Sitzung vom 21.06.2001)

Anwesenheit am 27.06.2001:

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Geyer, Jens (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion

Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried (Entschuldigt fehlend)	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Lehmann, Rüdiger	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung - Schriftführerin -

Beginn der Sitzung 18:08 Uhr

Ende der Sitzung 21:42 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|---|
| Ö 0. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| Ö 18. | 2001/0170 | Einziehung eines Teilstückes der Schöneberger Straße, Grundstück Gemarkung Monheim, Flur 14, Flurstücke 2704 und 2705 |
| Ö 19. | 2001/0255 | Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des Sommerfestes am Sonntag, dem 19.08.2001 |
| Ö 20. | 2001/0259 | Gründung des Vereins Marke Monheim e.V. als anerkannte Stadtmarketingorganisation |
| Ö 21. | 2001/0275 | Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW über die Kostenteilung beim Ausbau der Straße 'Am Kielsgraben' |
| Ö 22. | 2001/0164 | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Umlage Berufsschulzweckverband Opladen |
| Ö 23. | 2001/0269 | Teilweise Aufhebung der Haushaltssperre gemäß der Beratungen der Fachausschüsse |
| Ö 24. | 2001/0262 | Einbringung des Verwaltungsentwurfs einer
Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 |
| Ö 25. | 2001/0270 | Eckdaten 2002 |
| Ö 26. | 2001/0263 | Nachwahl von Ausschussmitgliedern |
| Ö 27. | 2001/0279 | Mitteilung
Neuorganisation der Fachbereiche |
| Ö 28. | 2001/0271 | Mitteilung
Einrichtung einer Stellenbewertungskommission |
| Ö 29. | 2001/0253 | Mitteilung
Gründung des Arbeitskreises Frauennetzwerk zur Berufsrückkehr |
| Ö 30. | 2001/0245 | Mitteilung
Internet-Seiten der Gleichstellungsbeauftragten |
| Ö 31. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 32. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 33.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 34.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 35.	2001/0278	Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 05.04.2001
NÖ 36.	2001/0264	Steuerangelegenheit
NÖ 37.	2001/0179	Genehmigung einer dringlichen Entscheidung Auftragsvergabe
NÖ 38.	2001/0187	Vertragsangelegenheit
NÖ 39.	2001/0238	Vertragsangelegenheit
NÖ 40.	2001/0283	Personalangelegenheit
NÖ 41.	2001/0282	Personalangelegenheit
NÖ 42.	2001/0285	Personalangelegenheit
NÖ 43.	2001/0286	Beteiligungsangelegenheit
NÖ 44.	2001/0288	Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
NÖ 45.	2001/0298	Grundstücksangelegenheit
NÖ 46.	2001/0299	Personalangelegenheit
NÖ 47.		Mündliche Mitteilungen
NÖ 48.		Mündliche Anfragen

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die am 21.06.2001 unterbrochene und vertagte Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

**Ö 18. 2001/0170 Einziehung eines Teilstückes der Schöneberger Straße,
Grundstück Gemarkung Monheim, Flur 14, Flurstücke 2704 und
2705**

Beschluss

1. Das Teilstück der Schöneberger Straße, Grundstück Gemarkung Monheim, Flur 14, Flurstücke 2704 und 2705, wird gemäß § 7 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) eingezogen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wegeeinziehung gemäß § 7 Abs. 1 Satz 3 StrWG NRW ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 32 Stimmen (BM, 16 CDU, 10 SPD, 3 Grüne, 1 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen 1 Stimme (Peto)

**Ö 19. 2001/0255 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von
Verkaufsstellen anlässlich des Sommerfestes am Sonntag, dem
19.08.2001**

Ein Mitglied der SPD-Fraktion äußert und begründet seine persönliche grundsätzliche Ablehnung von verkaufsoffenen Sonntagen und verweist auf seine Ablehnung derartiger Beschlussvorschläge in der Vergangenheit. Die Sprecherin betont, dass sie dem heute vorgelegten ablehnenden Beschluss gerne zustimmt.

Die Verwaltung bestätigt auf Anfrage der Vertreterin der F.D.P., dass die in der Vorlage erwähnten ausstehenden Stellungnahmen noch nicht vorliegen und der Treffpunkt e.V. Interesse gezeigt hat, sich an einer Durchführung des verkaufsoffenen Sonntags zu beteiligen.

Beschluss

Der Antrag der Werbegemeinschaft „Rathaus-Center Monheim am Rhein GbR“ zur Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags am 19.08.2001 anlässlich des Sommerfestes wird aufgrund rechtlicher Bedenken abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 32 Stimmen (BM, 16 CDU, 10 SPD, 3 Grüne, 2 Peto)
dagegen 1 Stimme (F.D.P.)

**Ö 20. 2001/0259 Gründung des Vereins Marke Monheim e.V. als anerkannte
Stadtmarketingorganisation**

Die Verwaltung teilt aufgrund der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gemachten Zusage die etatisierten Stadtmarketingmittel mit:

Fremdenverkehr/Förderung

- **Wirtschaftsförderung**

DM 100.000

Fremdenverkehr/Förderung

- **Stadtwerbung** **DM 30.000**

Verwaltung kultureller Angelegenheiten

- **Kosten der Werbung** **DM 28.000**

Außerdem verweist sie auf die allen Ratsmitgliedern übergebenen "Förderrichtlinien Stadterneuerung - Förderung von Stadt- und Regionalmarketingkonzepten".

Aufgrund der vom Treffpunkt e.V. geäußerten Kritik schlägt sie folgende Änderung des Satzungsentwurfs vor:

§ 1:

"Der Verein ist eine städtisch anerkannte Stadtmarketingorganisation."

Außerdem nimmt sie den Vorschlag der SPD-Fraktion auf für folgende Änderung:

§ 7 Abs. 6 Buchstabe f:

"Wahl von 2 Rechnungsprüferinnen/ Rechnungsprüfern, von denen eine/einer dem gemeindlichen Rechnungsprüfungsamt angehören muss."

Herr Bürgermeister Dünchheim weist in seinen erläuternden Ausführungen darauf hin, dass der Satzungsentwurf Grundlage für die Gründungsversammlung des Vereins sein soll und redaktionelle Änderungen sich noch aus Anregungen etc. der zu beteiligenden Vereine etc. ergeben. Er macht insbesondere deutlich, dass der Verein mit den bestehenden örtlichen Werbegemeinschaften und nicht gegen sie arbeiten soll.

In der sehr eingehenden Diskussion wiederholt die SPD-Fraktion nochmals ihre bereits im Haupt- und Finanzausschuss geäußerte Auffassung. Sie begrüßt die hinter dieser Verwaltungsvorlage stehende Grundidee, betont jedoch, dass ihre grundsätzlichen Bedenken auch nach der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderung in § 7 nicht ausgeräumt sind. Sie ist insbesondere der Meinung, dass alle Akteure in die Entwicklung des Gesamtkonzepts hätten eingebunden werden müssen und bei Übertragung städtischer Aufgaben und Mittel eine Kontrolle durch die demokratischen Gremien gegeben sein muss. Sie hält nicht nur redaktionelle, sondern auch inhaltliche Änderungen in den §§ 3, 7 und 8 für erforderlich.

Die CDU-Fraktion, die Fraktion Die Grünen und der Vertreterin der F.D.P. stehen dem Konzept positiv gegenüber.

In der Diskussion kommt auf Fragen aus der Fraktion Die Grünen und der SPD-Fraktion zu den finanziellen Verpflichtungen für die Stadt zum Ausdruck, dass der Rat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über die Höhe der dem Verein zur Verfügung zu stellenden Finanzmittel entscheidet. Im Rahmen dieses Budgets und seiner Eigenmittel muss der Verein sich bewegen.

Herr Bürgermeister Dünchheim sagt auf die Wortmeldung aus der Fraktion Die Grünen zu, die Beitragsordnung des Vereins vor Beschlussfassung dem Rat zur Kenntnis zu geben. Er macht nochmals deutlich, dass er durch den heutigen Ratsbeschluss die Befugnis für alle erforderlichen Schritte zur Gründung des Vereins erhalte und alle weiteren Detailfragen wie u.a. endgültige Fassung der Vereinssatzung, Übertragung von städtischen Aufgaben und Personal auf den Verein, Finanzielle Ausstattung des Vereins etc. zu einem späteren Zeitpunkt anstehen und dem Rat bzw. den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden.

Beschluss

1. Der Bürgermeister wird auf der Grundlage des vorgelegten Satzungsentwurfes mit den vorgetragenen Änderungen in § 1 und § 7 ermächtigt, zur Gründungsversammlung einzuladen, die im Zusammenhang mit der Vereinsgründung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und notwendige Erklärungen abzugeben.
2. Die Stadt Monheim am Rhein wird Gründungsmitglied.
3. Der Beschluss ergeht unter dem Vorbehalt, dass damit noch keine Aussage zu wirtschaftlichen Auswirkungen gemacht wird.

Abstimmungsergebnis:

dafür 23 Stimmen (BM, 16 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.)
dagegen 10 Stimmen (SPD)

- Ö 21. 2001/0275 Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW über die Kostenteilung beim Ausbau der Straße 'Am Kielsgraben'**

Beschluss

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW eine Verwaltungsvereinbarung zu schließen, die die Kostenbeteiligung der Stadt für den Anschluss der Daimlerstraße an die Straße „Am Kielsgraben“ regelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 22. 2001/0164 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Umlage Berufsschulzweckverband Opladen**

Beschluss

Zu Gunsten der Haushaltsstelle 2.2400.9830.01 "Umlage Berufsschulzweckverband Opladen" wird einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 46.393,00 DM zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 23. 2001/0269 Teilweise Aufhebung der Haushaltssperre gemäß der Beratungen der Fachausschüsse

Beschluss

Der Rat hebt gem. § 28 GemHVO die Haushaltssperre entsprechend der von den Fachausschüssen vorgeschlagenen Maßnahmen bei der in der Anlage aufgeführten Haushaltsstellen auf.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 24. 2001/0262 Einbringung des Verwaltungsentwurfs einer Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2001 wird zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 25. 2001/0270 Eckdaten 2002

Nach Erläuterungen durch den Kämmerer fasst der Rat folgenden

Beschluss

- 1 Die auf der Grundlage der Beratungsunterlagen ermittelten Eckdaten für das Haushaltsjahr 2002 werden zur Kenntnis genommen.
- 2 Angesichts des sich abzeichnenden strukturellen Fehlbetrags von rd. 4,8 Mio. DM und der Tatsache, dass der sich abzeichnende Fehlbetrag des Jahres 2001 in Höhe von 14,5 Mio. DM dauerhaft die Finanzwirtschaft der folgenden Jahre belastet, wird festgelegt:
 - 2.1 Die Personalausgaben werden auf 35,2 Mio. DM festgesetzt.
 - 2.2 Die Sachausgaben werden auf Basis der Vorgaben des Ratsbeschlusses vom Dezember 2000 entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung unter Zugrundelegung der Einsparungsvorschläge gemäß Nachtragshaushalt 2001 festgeschrieben.
 - 2.3 Die Fachbereiche haben darüber hinaus Budgetverbesserungen in Höhe von 1 v.H. ihrer Gesamtausgaben (ohne Innere Verrechnungen) zu erbringen. Die näheren Einzelheiten

Auf der Basis der vorliegenden Eckdaten ist unter Berücksichtigung des Punktes 2 und der noch zu erwartenden neuesten Orientierungsdaten der Entwurf des Haushaltsbuches einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 23 Stimmen (BM, 16 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.)
 dagegen 10 Stimmen (SPD)

Ö 26. 2001/0263 Nachwahl von Ausschussmitgliedern

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Nachwahlen in Ausschüsse vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
Haupt- und Finanzausschuss			
Nils Schallner	Juliane Voigt	Sascha Haupt	Gerardo Scheige
		-beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW-	
Ausschuss für soziale Angelegenheiten			
Nils Schallner	Juliane Voigt	Christiane Peuker (sB)	Julian Keller (sB)
		(ab 10.08.2001) -beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW-	
Rechnungsprüfungsausschuss			
Juliane Voigt	Nils Schallner	Gerardo Scheige	Sascha Haupt
		-beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Sätze 7 - 10 GO NRW-	
Jugendhilfeausschuss			
Juliane Voigt	Nils Schallner	Sascha Haupt	Gerardo Scheige

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 27. 2001/0279 Mitteilung
 Neuorganisation der Fachbereiche**

Die Ausführungen des Bürgermeisters zu diesem Tagesordnungspunkt sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Während die CDU-Fraktion die Mitteilung des Bürgermeisters positiv zur Kenntnis nimmt und auf die in den Ausschüssen noch vorgesehene inhaltliche Diskussion zu den einzelnen Problemfeldern hinweist, äußern die Fraktion Die Grünen und die SPD-Fraktion kritische Anmerkungen.

Die Fraktion Die Grünen sieht in der Neuorientierung der Kulturpolitik, der Verlagerung des Produkts Kindertagesstätten und in den Überlegungen zur Jugendwerkstatt positive Aspekte, führt jedoch als negativ auf,

- dass keine Begleitung dieses Umstrukturierungsprozesses durch die Fraktionen stattgefunden hat, wie z.B. durch die Lenkungsgruppe bei den bisherigen Umstrukturierungen
- dass keine Vorberatung in den betroffenen Ausschüssen stattgefunden hat,
- dass die Stellungnahme des Personalrates zu den Umstrukturierungsmaßnahmen nicht vorliegt
- dass hinsichtlich Privatisierung nur sehr einseitig die Lösungsmöglichkeit GmbH angedacht wird, ohne auch andere Möglichkeiten, z.B. Eigenbetrieb oder eigenbetriebsähnliche Einrichtung zu erläutern, womit viele Ziele auch gelöst werden und viele Nachteile einer Privatisierung vermieden werden könnten.

Für das weitere Vorgehen erwartet die Fraktion Die Grünen eine ausführliche Beratung in den Ausschüssen, die laufende Beteiligung des Personalrates in allen Einzelfragen, die Vorlage dieser Stellungnahmen des Personalrates in den Gremien und dass in Fragen der Privatisierung alternativ die Möglichkeit eines Eigenbetriebes bzw. einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung geprüft wird.

Sie beklagt die Eile, mit der diese Fülle von Maßnahmen angegangen werde und legt Wert auf die Feststellung, dass sie diese Mitteilung, die über die Organisationskompetenz des Bürgermeisters hinausgehe, heute nur als Vorüberlegungen zur Kenntnis nehme.

Die SPD-Fraktion stellt nicht in Frage, dass mit neuen Organisationsregelungen Abläufe in der Verwaltung weiter verbessert werden können, beklagt jedoch die Fülle von darüber hinausgehenden Einzelmaßnahmen quer durch die Verwaltung, die in dieser Mitteilungsvorlage zur Umstrukturierung der Fachbereiche enthalten sind. Sie spricht u.a. kritisch an

- die Überlegungen zur Angliederung des Grundstücks- und Gebäudemanagements als GmbH an die MVV
- die fehlerhafte Darstellung der Bemühungen des Arbeitsamtes nach Verlust des Arbeitsplatzes
- Überführung des Betriebshofes in den Fachbereich 2 und Verknüpfung mit dem Bereich Beschäftigung und Qualifizierung
- neue Probleme durch die Betreuung von Sozialhilfeempfängern in zwei Fachbereichen
- Beauftragung der KPMG ohne Gremiumsbeschluss
- die unzureichende Beteiligung des Personalrates

Auch die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass der Rat die vielen Maßnahmen im Einzelfall diskutieren und auch darüber entscheiden müsse und nicht nur zur Kenntnis nehmen könne. Sie betrachtet eine Vielzahl von Überlegungen als noch nicht ausgereift. Der Zuschnitt der beiden neuen Fachbereiche mit der Aufgabenverteilung muss nach ihrer Auffassung noch weiter ausgearbeitet werden, sie hält diese Form für noch nicht umsetzbar.

Sie bittet darum, dass die heutigen weitergehenden Erläuterungen des Bürgermeisters als Anlage der Niederschrift beigelegt werden.

Herr Bürgermeister Dünchheim weist darauf hin, dass er nach dieser heutigen Mitteilung und den noch in nichtöffentlicher Sitzung zu fassenden Beschlüssen alles Weitere zur Neugliederung des Fachbereichs 2 veranlassen werde. Dazu gehöre, nachdem bereits eine Vorstellung des Handlungskonzepts stattgefunden habe, auch die förmliche Beteiligung des Personalrates. Alle

weiteren Schritte würden danach sehr sorgfältig in den zuständigen Gremien diskutiert; das vorgelegte Handlungskonzept solle dafür als Entscheidungsgrundlage dienen.

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt von der Neuorganisation der Fachbereiche Kenntnis.

**Ö 28. 2001/0271 Mitteilung
Einrichtung einer Stellenbewertungskommission**

Aus der SPD-Fraktion kommt die Frage, ob eine Stellungnahme des Personalrats vorliegt.

Die Verwaltung berichtet, dass der Personalrat eine paritätische Besetzung fordert.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Meinung, dass der Personalrat keinen Anspruch auf Beteiligung in dieser Kommission hat und die Vertretung mit einer Person deshalb schon ein Vorteil für ihn ist. Dies wird von der Verwaltung bestätigt mit dem Hinweis, dass die Besetzung in dieser Form in Seminaren empfohlen wurde. Ziel sei es, den Personalrat nicht nur im förmlichen Verfahren zu beteiligen, sondern ihn schon im Vorfeld frühzeitig einzubinden.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**Ö 29. 2001/0253 Mitteilung
Gründung des Arbeitskreises Frauennetzwerk zur
Berufsrückkehr**

Der Rat nimmt die Mitteilung der Gleichstellungsbeauftragten zur Gründung des Arbeitskreises „Frauennetzwerk zur Berufsrückkehr“ zur Kenntnis.

**Ö 30. 2001/0245 Mitteilung
Internet-Seiten der Gleichstellungsbeauftragten**

Der Rat nimmt die Neugestaltung des Internet-Auftritts der Gleichstellungsbeauftragten sowie ihr Auftritt auf der Internet-Plattform des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW zur Kenntnis.

Ö 31. Mündliche Mitteilungen

Ö 31.1 Mündliche Mitteilung

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Stadt heute in Wuppertal eine Auszeichnung des Landesministers für nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte entgegen nehmen konnte. Dieser Preis für das Stadtteilerneuerungsprojekt Berliner Viertel ist dotiert mit 180 000 DM, die für weitere Maßnahmen im Berliner Viertel eingesetzt werden können.

Unter dem Beifall des Rates dankt er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des FB 3, insbesondere Frau Betzing und Herrn Waters.

Ö 32. Mündliche Anfragen

Ö 32.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne) "Historischer Rundweg"

Rats Herr Pruin verweist auf die vorletzten Haushaltsplanberatungen, in denen auf Antrag der Fraktion Die Grünen beschlossen wurde, ein Konzept für einen historischen Rundweg zu entwickeln, wofür auch Haushaltsmittel bereitgestellt wurden. Er fragt nach dem Stand der Angelegenheit.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss behandelt wurde, die Entscheidung jedoch vor dem Hintergrund des zu entwickelnden Fremdenverkehrskonzeptes zurückgestellt wurde mit der Maßgabe zu prüfen, inwieweit diese Broschüre noch mit anderen Inhalten ausgeweitet werden kann. Sie sagt zu, dass das Thema wieder aufgegriffen wird.

Ö 32.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne) "Plakatierungen"

Rats Herr Pruin bezieht sich darauf, dass z.Z. ein Wanderzirkus in der Stadt gastiert, dem entsprechend der Sondernutzungssatzung das Anbringen von 10 Plakaten genehmigt wurde. Er hält es für erforderlich, diese Festlegung in der Satzung nochmals zu überdenken und zu ändern. Herr Bürgermeister Dünchheim sagt zu, diesen Hinweis aufzunehmen.

Ö 32.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne) "Fluglärm"

Nach dem Stand der Angelegenheit befragt, führt der Bürgermeister aus, dass er zunächst Ergebnisse eines von der Stadt Leverkusen in Auftrag gegebenen Gutachtens abgewartet habe. Dieses Gutachten sage aus, dass die Immissionen über Leverkusener Stadtgebiet unerheblich seien. Es sei jetzt vorgesehen, im Monheimer Stadtgebiet Lärmmessungen vorzunehmen.

Ö 32.4 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Dr. Stapper (Grüne)**
"Gefährdungen auf Radwegen"

Rats Herr Dr. Stapper verweist auf die von ihm in der Ratssitzung vom 28.09.2000 im Zusammenhang mit der Beratung der Bürgeranregung Benzrath anhand von Fotos aufgezeigten vielen gefährlichen und unübersichtlichen Stellen von Radwegen im Bereich Baumberg-Ost. Das Fotomaterial habe er der Verwaltung zur Verfügung gestellt. In einer mit Vertretern des FB 3 durchgeführten Ortsbesichtigung Anfang dieses Jahres habe Einvernehmen darüber bestanden, dass an mindestens zwei Stellen eine erhebliche Gefahr für Radfahrer besteht. Da er jetzt festgestellt habe, dass an diesen Stellen nichts geschehen sei, stelle sich die Frage, wann die Verwaltung hier tätig wird.

Der Bürgermeister sagt Herrn Dr. Stapper eine Überprüfung der Angelegenheit und schriftlichen Bescheid innerhalb der nächsten 14 Tage zu.

Ö 32.5 **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)**
"Beschuldigungen ehemaliger Aufsichtsratsmitglieder der MVV durch den Bürgermeister"

Ratsfrau Hengsberger betont, dass der Bürgermeister in Presseartikeln vom 17.03.2001 unter Verwendung von Daten, Vorlagen und Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen des MVV-Aufsichtsrates die früheren Aufsichtsratsmitglieder diffamiert und beschuldigt habe, versagt zu haben. Sie fragt, ob zwischenzeitlich für diese Beschuldigungen Beweise vorliegen oder ob Dokumente oder Gutachten vorliegen, die diese Beschuldigungen entkräften. Wenn es entkräftende Unterlagen gebe, dann bedürfte es der gleichen öffentlichen Zurücknahme der Beschuldigungen durch den Bürgermeister wie seine damaligen öffentlichen Beleidigungen. Dies sei ein Akt der Fairness gegenüber den früheren Aufsichtsratsmitgliedern.

Herr Bürgermeister Dünchheim antwortet, dass zwischenzeitlich ein Rechtsgutachten vorliegt, in dieser Frage jedoch die Spielregeln eingehalten werden sollten, die im Aufsichtsrat gemeinsam abgestimmt worden seien. Zunächst sei eine Behandlung der Angelegenheit im Aufsichtsrat abzuwarten.

Frau Hengsberger betont, dass sie diese Anfrage gestellt habe, weil die Beschuldigungen mittlerweile ein viertel Jahr in der Welt seien und der Termin des Aufsichtsrates, in dem die Behandlung der Angelegenheit vorgesehen war, um zwei Monate verschoben wurde.

Ö 32.6 **Mündliche Anfrage des Rats Herrn Belger (SPD)**
"Einführung der Müllverwiegung im Berliner Viertel"

Rats Herr Belger stellt fest, dass es der Stadt und der Firma Rethmann nicht gelungen ist, Software und Technik so rechtzeitig einzuführen, dass mit dem offiziellen Beginn der Müllverwiegung am 01.07.2001 auch im Berliner Viertel dieses neue System eingeführt werden kann. Er fragt, ab wann damit zu rechnen ist, dass für die einzelnen Mieter eine dem neuen System entsprechende ordnungsgemäße Abrechnung stattfindet.

Die Verwaltung führt aus, dass sie ihre Aufgaben fristgerecht zum 01.06.2001 erledigt hat und sich keine Versäumnisse vorzuwerfen hat. Die Probleme in der Software, die jedoch nicht durch die Stadt verursacht waren, seien inzwischen gelöst. Auch habe es entgegen anders lautenden Behauptungen sehr wohl eine Testphase gegeben. Ein Mitarbeiter des Fachbereichs 3 sei auf einem Fahrzeug mitgefahren und habe sich davon überzeugt, dass die Tonnen identifiziert wurden, es keine Datenübertragungsmängel gibt, Leer- und Vollgewicht angezeigt werden und eine korrekte Zuordnung des Gewichts zu den einzelnen Tonnen erfolgt. Die Datenleitung zur Übertragung dieser Daten von der Fa. Rethmann zur Stadt stehe.

Hinsichtlich der Aufbringung der Schleusen sei mit der LEG abgestimmt worden, dass hier nicht unter Zeitdruck gearbeitet wird. Die Ausrüstung mit Schleusen und die Verteilung der dazu gehörenden Stifte an die Mieter solle im Laufe des Monats Juli erfolgen, sodass ab 01.08.2001 diese Schleusen befüllt werden können. Dass dies um einen Monat verspätet geschieht, sei nicht das Verschulden der Stadt.

Herr Bürgermeister Dünchheim betont, dass er in einem Gespräch mit der Fa. Rethmann deutlich gemacht habe, dass diese Schlechtleistung als auf den Preis mindernd geltend gemacht werden könne.

Ö 32.7

Mündliche Anfrage des Rats Herrn Göbel (CDU) "Mängel am Sportplatz Kielsgraben"

Rats Herr Göbel führt aus, dass sich in letzter Zeit die Klagen von Sportlern über den schlechten Zustand des Sportplatzes am Kielsgraben mehren. Er fragt an, ob der Verwaltung gravierende Mängel bekannt sind und ob Regressansprüche geltend gemacht werden können.

Die Verwaltung bestätigt, dass ihr Mängel, u.a. Absackungen und Verhärtung des Bodens, bekannt sind und die Frage der Gewährleistung und entsprechender Regressansprüche z.Z. sehr umfassend geprüft wird.

Rats Herr Jelinek äußert sein Erstaunen über diese Aussage, da er auf seine diesbezüglichen Fragen immer die Auskunft erhalten habe, es sei "alles klar".

Herr Bürgermeister Dünchheim antwortet hierauf, dass er diese Erklärung gegenüber Herrn Jelinek nicht abgegeben habe.